Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 45. Dresden, Freitag den 25. Februar 1910. 21. Jahrg.

Der internationale Flottenwahnsinn.

Das internationale Wettrüsten zur See geht, auch dank der Haltung, daß Deutschland eine Vereinbarung mit England auf Einschränkung der Rüstungen schroff zurückgewiesen hat, in diesem Jahre im Wahnsinnstempo weiter. Und auf die Frage, wohin das führen solle, kann es nur die eine Antwort geben: sicher zum völligen Ruin aller Staaten! In Deutschland sind wir nicht mehr weit davon entfernt. Unser neuer Marineetat für 1910 beläuft sich bekanntlich auf 330 Millionen Mark, 25 Millionen mehr als im Vorjahre, und die 171 747 874 M. einmaliger Ausgaben sind im wesentlichen für neue Kriegsschiffe bestimmt. Auf eine Reihe von weiteren Jahren sind die Ausgaben für Schiffsneubauten schon festgelegt. England sieht in dieser ständigen und gesetzlich festgelegten Vermehrung der deutschen Kriegsschiffe ein gegen sich berechnetes Rüsten, und da sein Anerbieten, gemeinsam die Rüstungen einzuschränken, deutscherseits abgelehnt wurde, ist es in dieser Annahme bestärkt, und schleunigst hat bekanntlich die englische Regierung ... große „Dreadnoughts" in Bau gegeben, von denen jede ...16 583 M. Baukosten und 1 071 000 M. jährliche Unterhaltungskosten verursacht, also über 190 Millionen einmaliger Ausgaben, die noch gar nicht vom Parlament bewilligt sind. Außer diesen Dreadnoughts werden aber auch andere neue Kriegsschiffe gebaut, denn es wird ... ja 17 000 Mann mehr Besatzung verlangt. Gleichzeitig baut Kanada zwölf geschützte Kreuzer für 80 Millionen Mark. Und alle anderen Staaten wollen in diesem Wettlaufe nicht zurückbleiben und betreiben die Rüstungen in gleicher Weise!

Der Marineetat von Frankreich enthält gegenüber dem vorjährigen Mehrausgaben von über 30 Millionen Mark, die für neue Schiffe und Schiffskanonen gefordert werden. Eine Anzahl früher bewilligter Schiffe, darunter eine „Dreadnought", sind im Bau. Und die bereits im Ministerrat angenommene neue Marinevorlage sieht für die Schlachtflotte 28 Panzerschiffe, 10 Aufklärungsschiffe und ... Hochseetorpedoboote vor, während für die Küstenverteidigung 94 Unterwasserboote und für ausländische Stationen 10 Schiffe bestimmt sind. Italien läßt 4 Linienschiffe, 3 Kreuzer, 12 Zerstörer, ... Küstentorpedoboote, 11 Unterseeboote und 1 Bassinschiff für ... bauen. Oesterreich-Ungarn plant, laut „...tage" vom Oktober 1909, die Erhöhung des Bestandes von 12 Schlachtschiffen auf 16 Einheiten durch den bis zum Jahre 1913 zu vollendenden Bau von 4 großen Schlachtschiffen stärkster Panzerung, ... einen Ersatzneubau von 9 Schlachtschiffen, die Anschaffung von 4 Kreuzern und einer Anzahl Torpedofahrzeuge. Der Marineetat des kleinen Dänemark weist für 1910 eine Erhöhung von ... Million auf und beträgt nun 10 Millionen Mark, der Marineetat Hollands für 1910 steigt auf 34 232 875 M., das sind ... Millionen mehr als im Vorjahre. Eine Anzahl neuer Schiffe soll gebaut werden. Das bankrotte Rußland hat einen Marineetat von 210,5 Millionen Mark, wovon 31,6 Millionen auf Schiffsneubauten fallen. Japan bleibt natürlich nicht zurück, es baut auch Dreadnoughts, Panzerkreuzer, 3 geschützte Kreuzer und eine Anzahl ... großen Typs. Sein Marineetat für 1910 beträgt 76 Millionen Yen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben jetzt eine Mannschaftsstärke der Flotte von 44 129 Köpfen gegen 13 027 im Jahre 1907, und abermals ist eine Anzahl neuer Schiffe im Bau. Auch Argentinien und Brasilien, Schweden und Norwegen sind in die Schraube ohne Ende hineingezogen, der Marineetat dieser Länder enthält neue und zum Teil große Forderungen für neue Kriegsschiffe.

Das sind nur einige und unvollständige Angaben, die wir einer Übersicht in der Marine-Rundschau entnehmen, über die derzeitigen Bauten von Kriegsschiffen. Allen anderen Ländern voran geht aber Deutschland, das die treibende Kraft ist und ja auch relativ den höchsten Marineetat hat. Milliarden werden allein für dieses Wettrüsten zur See geopfert. Und die Völker müssen dabei verbluten, wenn dem nicht Einhalt getan wird. Hat doch Deutschland in diesem Jahre wieder mit 152¼ Million neuer Schulden zu rechnen, die durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Das französische Budget für 1910 weist ein Defizit von ... Millionen Mark auf. Und selbst das reiche England kämpft mit schweren Finanznöten, von Rußland und den anderen Staaten gar nicht zu reden. Und wie und wann soll das enden? In wenigen Jahren sind die „Dreadnoughts", von denen eine jede ... Millionen Mark kostet, unbrauchbar, und die Kosten der Ersatzbauten steigen ins Unermeßliche!

In der Nr. 47, Jahrgang 1909, des Zeitgeists meint Dr. Franz Oppenheimer in einem Aufsatz über das Friedensproblem u. a.: „Wir müssen anerkennen, daß der Zustand des bewaffneten Friedens, der Schraube ohne Ende, mit dem wahnsinnigen gegenseitigen Ueberbieten in Dreadnoughts und Invincibles, Zeppelinen und Aeroplanen, mit Berufsmilitarismus und Spionage e tutti quanti, mit voller Logik aus dem gegenwärtigen Zustande der menschlichen Gesellschaft sich ergibt; aber wir müssen ebenso anerkennen, daß dieser Zustand selbst jeder Logik widerspricht. Unmöglich können sich aus rationellen Prämissen so irrationelle Konsequenzen ergeben. Um Hamlet umzukehren: unser Zustand hat zwar Methode, aber er ist Wahnsinn!"

Dieser „gegenwärtige Zustand", aus dem sich der „Wahnsinn" ergibt, ist aber doch nichts anderes als der Herrschaftszustand, mit dessen Beseitigung auch das wahnsinnige Wettrüsten ein Ende nehmen wird. Die zunehmende Finanznot und die daraus ständig und ins Unermeßliche wachsenden Steuern haben ja auch bereits in jüngster Zeit, vor allem in Deutschland, das Volk etwas aufgerüttelt und den gegenwärtigen Herrschaftszustand sehr wackelig gemacht. Nur muß das Volk jetzt auch erkennen, daß die neuen Steuern nicht vom Ungefähr kommen, sondern ihre Ursache in den stetigen Mehrausgaben für Armee und Marine haben. Es sind aber auch nicht allein die direkten Ausgaben für die Rüstungen, welche den Wohlstand des Volkes verhindern. Das Wettrüsten erzeugt auch eine Unsicherheit und läßt ständig eine Kriegsgefahr vermuten, was den internationalen Handel stört und das Wirtschaftsleben niederdrückt. Es ist aber auch klar, daß es in nicht langer Zeit zu einem blutigen Kriege kommen müßte, wenn die Rüstungen so fortgetrieben werden, die ständig neues Mißtrauen und neue Reibereien erzeugen. Die Folgen eines solchen Krieges müßten aber für alle Beteiligten geradezu furchtbar sein. Die gerechte Empörung über die neuen Steuerbelastungen wird daher auch nur einen Sinn und einen Zweck haben, wenn das Volk es bei seinen bisherigen Protesten nicht bewenden läßt, sondern nun auch dafür sorgen hilft, daß den Militär- und Marinefanatikern das Handwerk gelegt und dem wahnsinnigen Wettrüsten zu Land und — was jetzt ganz besonders betrieben wird — zur See, dem wahnsinnigen Dreadnought-Sport, ein Ende bereitet wird. Sonst ist ein Ende mit Schrecken sicher zu erwarten — oder ein Schrecken ohne Ende!

Der schamlose Schacher.

Die preußische Wahlrechtskommission hat am Donnerstag, wie wir schon meldeten, ihre erste Lesung der Wahlgesetzvorlage beendigt. Ob das schändliche und schäbige Lügenspiel, das dort die bürgerlichen Reaktionsparteien betreiben, in der zweiten Lesung, die am 3. März, und in den folgenden Plenarverhandlungen, die am 14. März beginnen sollen, wieder noch andere Wendungen und Schwenkungen zeitigen wird, das steht dahin. Vorläufig hat sich, wie bei der Reichsfinanzreform, der konservativ-klerikale Block durchgesetzt und diese beiden Parteien suchen sich einander in diabolischem Wetteifer an Volksfeindlichkeit und an Volksbetrug zu überbieten. Die Nationalliberalen andererseits spielen wieder die klägliche Rolle derer, die gar zu gern mitgemacht hätten, die aber von den Spielern höhnisch auf die Seite gesetzt werden.

Das von uns gestern schon gekennzeichnete Kompromiß ist in der letzten Kommissionssitzung vervollständigt worden. Das Zentrum hat für die Beibehaltung der indirekten Wahl vermittels der Wahlmänner gestimmt und die Konservativen haben — wie ihre Blätter erklären: nur vorläufig! — die geheime Stimmabgabe zugebilligt, nachdem diese in einer Art zurechtgemacht ist, daß von Wahlgeheimnis keine Spur mehr übrig bleibt. Insbesondere wurde von den edlen konservativ-klerikalen Bundesfreunden beschlossen, daß die Wahlmänner der Abgeordneten öffentlich wählen, also unter Kontrolle verbleiben. Wahrlich eine wüste und freche Posse, die da von diesen Parteien aufgeführt wird!

Schließlich leistete sich die Kommission noch den Hohn, daß sie die Beratung der liberalen Resolutionen betr. Neueinteilung der Wahlkreise vorläufig für unnötig erklärte und erst am Schluß der zweiten Lesung vorzunehmen beschloß. Die Nationalliberalen haben nämlich die Leistung vollbracht, in einer Resolution die Regierung zu ersuchen, „durch Gesetz eine Vermehrung der Abgeordneten insoweit herbeizuführen, wie diese nach Maßgabe der veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse angemessen erscheint". Diese schwammige, feige Resolution haben sogleich die Freikonservativen nochmals verbessert, indem sie fordern, die Regierung möge „eine mäßige Vermehrung der Abgeordneten ohne Verminderung der Zahl und Vertretung der bestehenden Wahlkreise herbeiführen".

•

Der Zentrumsbetrug.

Die Zentrumspresse versucht den Betrug ihrer Parteigenossen in der Wahlrechtskommission zu beschönigen, indem sie die Zustimmung der Konservativen zur Einführung der geheimen Wahlmännerwahl als einen Erfolg ihrer Partei hinstellt. Sie behauptet, die Zentrumsfraktion versuche so viel wie möglich bei der Wahlreform herauszuholen, da ja infolge der bekannten Haltung der Nationalliberalen doch keine Mehrheit für das Reichstagswahlrecht vorhanden sei. Gegen diese bewußt falsche Darstellung des Sachverhalts wendet sich aber jetzt die dem Zentrum verbündete konservative Presse selbst und deckt den ganzen schwarzen Zentrumsschwindel in der rücksichtslosesten Weise auf.

Die agrarische Deutsche Tagesztg. polemisiert heftig gegen die scharfmacherischen Hamburger Nachrichten, die von einem Umfall der konservativen Partei in der Frage der geheimen Abstimmung gesprochen hatten, und führt dabei mit dankenswerter Offenherzigkeit aus, welche Gründe die Konservativen bestimmt haben, vorläufig auf das Zentrumskompromiß einzugehen. Das Agrarierblatt schreibt:

Die Hamburger Nachrichten übersehen völlig, daß über die geheime Wahl in der ersten Lesung der Kommission entschieden war. Gegen den Widerspruch der Konservativen hat sich die Mehrheit der Kommission dafür erklärt. Diesen Widerspruch haben die Konservativen mit voller unzweideutiger Entschiedenheit aufrechterhalten. Die Hamburger Nachrichten beachten ferner nicht, daß es sich um keine endgültige, sondern um eine vorläufige Abstimmung handelt. Es ist eine alte parlamentarische Regel, daß man bei solchen vorläufigen Beschlüssen in der Kommission das betreffende Gesetz möglichst ungefährlich zu gestalten sucht ... Soweit wir unterrichtet sind, halten die konservativen Mitglieder der Wahlrechtskommission eine Abänderung des Wahlrechts überhaupt nicht für zweckmäßig und nicht für nötig. Trotzdem arbeiten sie an dem Entwurf mit, um ihn möglichst ungefährlich zu gestalten.

Die Konservativen sind also immerhin ehrlich genug, zuzugeben, daß sie am liebsten alles beim alten lassen möchten. Sie wollen, daß bei der Wahlreform nichts oder so gut wie nichts herauskommen soll. Mit diesen Konservativen geht aber das Zentrum Hand in Hand, und seine Presse hat die Stirn, zu behaupten, es versuche bei der Wahlreform so viel wie möglich herauszuholen. Da ist doch ein offenbarer Widerspruch und einer von beiden Teilen muß die Unwahrheit sprechen. Wer von den beiden der Lügner ist, ist nicht schwer festzustellen. Die Konservativen sorgen dafür, daß bei der Wahlreform nichts oder so gut wie nichts herauskommt, und das Zentrum hilft ihnen dabei.

• • •

Die Frankfurter Polizeischlacht vor Gericht.

Im bürgerlichen Blättern war die Rede von einem Verfahren wegen Landfriedensbruchs gegen einige der am 16. und 17. Februar in Frankfurt a. M. Verhafteten. Donnerstag hatte sich nun der erste der Verhafteten, der Schreiner Herkert, vor der Strafkammer zu verantworten. Die gänzlich unberechtigte Verhaftung dieses Genossen durch die Schutzleute, die ihn mitten durch die erregte Masse der Demonstranten zum Polizeipräsidium schleppten, gaben den ersten Anlaß zu den blutigen Ereignissen vom vorigen Donnerstag. Die Anklage wegen Landfriedensbruchs mußte aber, wenigstens bei diesem Verhafteten, fallen gelassen werden, er hatte sich nur wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten, den er bei seiner Verhaftung geleistet haben soll.

Der Prozeß endete mit einer vollständigen **Blamage der Polizei**. Der Staatsanwalt hatte gegen Herkert sechs Monate Gefängnis beantragt wegen Widerstands und vier Wochen Gefängnis wegen groben Unfugs. Das Urteil lautete auf 150 M. Geldstrafe, wovon 30 M. durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten. Der Verteidiger Dr. Sinsheimer hielt ein glänzendes Plädoyer, in dem er darauf hinwies, daß die Polizei ganz allein Schuld gewesen sei an all den blutigen Vorgängen, die sich auf der Zeil ereigneten. Höhere Polizeibeamte waren bei der Verhandlung zahlreich vertreten und mußten mit anhören, wie das Gericht über ihre Taten urteilte.

•

Frankfurt a. M., 24. Februar. Die demokratische, die neue demokratische und die sozialdemokratische Partei wollen am nächsten Sonntag nachmittag eine gemeinsame Demonstration gegen die Wahlrechtsvorlage unternehmen. Es ist zunächst eine gemeinsame Massenversammlung auf dem Gebiete der Hundswiese geplant. Von jeder Partei soll ein Redner zu Worte kommen. Anschließend daran soll ein Demonstrationszug nach der Stadt stattfinden. Heute abend findet eine Versammlung der Vertreter der obengenannten Parteien statt, die über diese Demonstration definitiv beschließen soll.

Frankfurt a. M., 24. Februar. Der heutigen Stadtverordnetensitzung lagen zwei Anträge zur Wahlrechtsvorlage vor, wovon der eine von den Sozialdemokraten, der andere von den bürgerlichen Parteien eingebracht war. Beide Anträge bezweckten eine Eingabe an den Landtag, wurden jedoch zurückgezogen, weil Oberbürgermeister Adickes erklärte, der Magistrat stehe auf dem Standpunkt, daß politische Fragen in Stadtverordnetenversammlungen nicht zu erörtern seien. Dagegen wurde mit allen gegen die Stimmen der Nationalliberalen und einiger Vertreter der Mittelstandspartei eine Erklärung angenommen, welche es bedauert, daß der Magistrat im Gegensatz zu Berlin und anderen Städten sich weigere, einer solchen Eingabe beizutreten, und die sich für die Einführung der geheimen, gleichen und unmittelbaren Stimmabgabe sowie für eine Neueinteilung der Wahlkreise ausspricht. Diese Erklärung soll den beiden Häusern des Landtags mitgeteilt werden.

Frankfurt a. M., 24. Februar. Der Genosse Quint von der Frankfurter Volksstimme wurde am Mittwoch zum Untersuchungsrichter bestellt, wo ihm mitgeteilt wurde, daß ein Verfahren auf Grund des § 130 (Aufreizung) gegen ihn anhängig gemacht worden sei. Das Verbrechen soll begangen sein **durch die Ausstellung der blutbefleckten Unterhose des schwer verwundeten Genossen Köhler** im Schaufenster der Expedition der Volksstimme. Köhler, der Invalid ist, wurde von der Polizei zu Boden geschlagen, weil er dem Befehl: „Laufen Sie!" nicht nachkommen konnte. Er liegt zurzeit schwerkrank im Heiliggeistspital; ein Schuß aus der Browningpistole ist ihm durch das linke Bein gegangen, ein zweiter streifte den Kopf und ein dritter Schuß blieb im rechten Bein oberhalb einer silbernen Röhre, die ihm dort vor Jahren nach einem Bauunfall eingesetzt wurde, stecken. Außerdem hat Köhler noch einen Säbelhieb über das Gesicht erhalten, und zwar als er schon am Boden lag. Die blutbefleckte Unterhose soll nun den Gegenstand einer Gerichtsverhandlung bilden.

•

Halle.

Halle a. S., 24. Februar. Die Polizeiverwaltung hat eine amtliche Denkschrift über die blutigen Vorgänge bei der Wahlrechtsdemonstration veröffentlicht. Natürlich sucht die Polizei alles so darzustellen, als sei sie durchaus im Recht und die Demonstranten allein die Schuldigen gewesen. Von Interesse in der Denkschrift ist lediglich die Mitteilung, daß gegen 33 Personen Ermittlungsverfahren wegen Auflaufs bezw. Aufruhrs, gegen 31 wegen Nicht-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100225/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG